

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

6.2.1929 (No. 31)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einbl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verzögert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Noch immer Elsaßdebatte

Die Behauptungen Poincarés

Im weiteren Verlauf der Elsaßdebatte in der französischen Kammer versuchte am Dienstag der Abg. Scapini nachzuweisen, daß das Unbehagen der elsässischen Bevölkerung in der von der Regierung Herriot betriebenen Laienpolitik zu suchen sei. Der ehemalige Unterstaatssekretär für elsäß-lothringische Angelegenheiten Kaibel meint, daß Poincaré in seiner Erklärung über die Autonomisten zu weit gegangen sei. Die autonomistische Bewegung sei keine separatistische Bewegung. Poincaré erwiderte, daß die meisten der Führer Separatisten seien und nach deren Ansicht der Autonomismus den Separatismus vorbereiten müsse. Der Abg. Kaibel beschwört den Ministerpräsidenten, jeden Vorwand zur Unzufriedenheit zu nehmen. An eine Unterdrückung glaube er nicht, dagegen sei eine sofortige Unterdrückung der deutschen Propaganda notwendig. Der Abgeordnete hat schließlich den Ministerpräsidenten, das Vertrauen durch Beseitigung des Mißverständnisses wieder herzustellen. Der Abg. Guernut forderte schließlich eine Politik, die auf die Einführung der Laiengesetze im Elsaß abzielt.

Zu Behauptungen Poincarés, daß sich der Betrag für Propagandaausgaben im deutschen Reichshaushalt auf 94 Millionen Reichsmark beläuft, ist zu bemerken, daß bei den von Gavais angeführten einzelnen Positionen erhebliche Irrtümer unterlaufen sind. Ein Betrag von 20 Millionen Reichsmark als Aufwendungen für Simos ist im Haushalt von 1927, auf den sich die Behauptungen stützen, überhaupt nicht enthalten. Ferner sind im Etat für 1927 zur Beschaffung wirtschaftlicher Nachrichten nicht 7 Millionen Reichsmark, sondern nur 500 000 Reichsmark ausgewiesen. Ferner sind eine Reihe Beträge angeführt, die mit Propaganda nichts zu tun haben. Die 8 Millionen Reichsmark für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dienen zur Beschaffung wissenschaftlicher Werke der Drucklegung von wissenschaftlichen Werken usw. Die 37,5 Millionen Reichsmark für die besetzten Gebiete und Ostpreußen werden lediglich für wirtschaftlich notwendige Bevölkerungsstellen dieser Gebiete verwendet. Für Propagandazwecke kommen lediglich in Frage 8 Millionen Reichsmark, für geheime Ausgaben (inszwischen auf 6 Millionen Reichsmark ermäßigt), 2,7 Millionen Reichsmark für die Förderung des Nachrichtenwesens im Auslande und 6 Millionen Reichsmark für kulturelle und humanitäre Zwecke im Auslande. Von dem letzteren Betrag kommen allein 4,5 Millionen Reichsmark für die deutschen Schulen im Auslande in Frage. Bei allen anderen Titeln, die die Propaganda betreffen, handelt es sich um Ausgaben, die nur das Inland betreffen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags

genehmigte am Dienstag mit Mehrheit nach längerer Aussprache den Kelloggspakt, und nahm gleichzeitig folgende Resolution des Abg. v. Rheinbaben (D. Vpl.) an:
„Der Reichstag erwartet, daß die Reichsregierung entsprechend der Erklärung in der Note des Reichsministers des Auswärtigen an den amerikanischen Votschafter in Berlin vom 27. April 1928 das Inkrafttreten des Kelloggspaktes zum Anfang nimmt, um auf Grund dieser neuen Garantie für die Erhaltung des Friedens bei den Verhandlungen der Vertragspartner und im Völkerbunde auf Erfüllung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung sowie zum Ausbau der Möglichkeiten vorhandene und entstehende Gegenstände der Völkerinteressen und offenkundige Ungerechtigkeiten auf friedlichem Wege zu beseitigen, mit allem Nachdruck hinzuwirken.“
Zum Schluß wurden noch Reparationsfragen behandelt.

Das deutsche Material zur Sachverständigenkonferenz. Wie der Berliner „Volkswacht“ hört, sind nunmehr die für den Beginn der Sachverständigenkonferenz erforderlichen Vorarbeiten der deutschen Regierung im wesentlichen abgeschlossen. Das zusammengestellte Material umfaßt vor allem genaue statistische Aufstellungen über Volkseinkommen, Einkommen, Wohlstandsindex, Außenhandelsziffer, Betriebsvermögen, Zinsniveau und Steuerbelastung. Besonderer Wert ist darauf gelegt, entsprechende Vergleichszahlen des Auslandes hinzuzufügen.
Ein gewichtiges Urteil. Wie eine Korrespondenz meldet, ist die schriftliche Ausfertigung des im April v. J. nach 14-jähriger Verhandlung gefällten Urteils im Varnatprozess nahezu vollendet. Die mit seiner Abfassung betrauten Richter, Gerichtsdirktor Neumann und Landgerichtsrat Hofmann, waren dem Vernehmen nach zu Weihnachten auf Seite 400 angelangt, so daß das fertige Aktenstück kaum allzusehr hinter der zweibändigen Aktenschrift zurücksteht wird. Es wird ebenfalls in gedruckter Form den Beteiligten übermittelt werden und zwar nur denen, die Rechtsmittel eingelegt haben.

Der Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Simons. Das Reichskabinett hat, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, beschlossen, den Reichspräsidenten als Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Simons den Ministerialdirektor Bunte vom Reichsjustizministerium vorzuschlagen.
Staatssekretär Heilmann. Als Nachfolger des in den Ruhestand versetzten Staatssekretärs Hoffmann im Reichsministerium für den öffentlichen Verkehr ist laut „Voss. Ztg.“ der dem Zentrum angehörige Ministerialdirektor Heilmann in Aussicht genommen.
Wichtiges Ergebnis der Reichspost. Nach einer Mitteilung des Reichspostministers ist trotz der schlechten allgemeinen Konjunktur das verfloßene Jahr für die Reichspost sehr befriedigend verlaufen. Es sei eine Mehreinnahme von 20 Millionen Reichsmark erzielt worden.

Letzte Nachrichten

Die Koalitionskrise im Reich

In den Mittagsstunden noch keine Entscheidung

M. Berlin, 6. Febr. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen in der Reichskanzlei über die Umbildung der Regierung haben sich erheblich verzögert, so daß die für 12 Uhr einberufene Fraktionsführung des Zentrums wieder vertagt werden mußte. In der Besprechung, an der Reichskanzler Müller und die Minister Dr. Stresemann, Koch, Schäkel und von Guérard teilnehmen, will der Kanzler den letzten Versuch unternehmen, um das Zentrum zur Zurückziehung seiner Austrittsdrohung zu bewegen.

In politisch parlamentarischen Kreisen wird behauptet, daß für den Fall, daß das Zentrum nicht darauf eingeht, der Kanzler entschlossen ist, und zwar angeblich mit Zustimmung des Reichspräsidenten, die Posten, die Herr von Guérard hat, anderweitig zu besetzen, also den Versuch zu machen, ohne Zentrum zu regieren. Es scheint, als ob die Bayerische Volkspartei auch in diesem Fall den Postminister im Amte belassen würde. Obwohl ein solches Kabinett keine Mehrheit hinter sich hätte, sagt man doch, das Zentrum könne, ähnlich wie es den Demokraten unter Marx erging, nicht in eine Opposition um jeden Preis eintreten, so daß die Möglichkeit vorliegt, die wichtigsten Vorschläge, darunter den Etat, doch noch zu verabschieden, und man dann nach Ostern an die Neubildung der Regierung herantreten könne. Als Hauptgrund für ein solches Vorgehen wird die Sorge angegeben, daß jetzt eine Kabinettskrise die Reparationsverhandlungen stören und beeinträchtigen würde.

M. Berlin, 6. Febr. (Tel.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den preussischen Ministerpräsidenten, Dr. h. c. Brauns.

Die Sachverständigenkonferenz

M. Berlin, 6. Febr. (Priv.-Tel.) Nach Pariser Meldungen wird sich das Präsidium der Sachverständigenkonferenz folgendermaßen zusammensetzen: Vorsitz: Owen Young, Stellvertreter: Moreau und Schacht, Generalsekretär: der jetzige Generalsekretär der Reparationskommission, der Engländer Smith. Den Stellvertreter wird voraussichtlich die deutsche Kriegslastenkommission in Paris stellen. Zunächst will man die Schuldenfestsetzung als Thema wählen, und zwar sowohl die Gesamtsumme wie die Jahresleistungen, so, daß nach Erledigung dieser Frage an die Umbildung der Organisation heranzutreten. Wahrscheinlich wird strengste Disziplin für die Verhandlungen vereinbart werden.

Der britische und amerikanische Kreuzerbau

M. London, 6. Febr. (Tel.) „Morning Post“ schreibt: Soweit bekannt, ist die Meldung, der Bau der beiden Kreuzer, die im laufenden Finanzjahr auf Stapel gelegt werden sollen, werde auf Wunsch Churchills aufgeschoben werden, unbegründet. Auf jeden Fall würde der Bau erst gegen Ende des Finanzjahres begonnen werden, so daß der Marinevoranschlag durch den Aufschub des Baues schwerlich eine beträchtliche Herabsetzung erfahren würde.

M. Washington, 6. Febr. (Tel.) Die Kreuzervorlage muß wegen der an ihr vorgenommenen geringfügigen Änderungen an das Repräsentantenhaus zurückgehen, bevor sie Präsident Coolidge vorgelegt werden kann. Nach der Vorlage sollen in den nächsten drei Jahren je fünf Kreuzer auf Stapel gelegt werden. Der Bau des Flugzeugmuttereschiffes muß vor dem 1. Juli 1930 begonnen werden. Die Gesamtkosten werden 274 Millionen Dollars betragen. Davon entfallen 17 Millionen auf jeden einzelnen Kreuzer und 19 Millionen auf das Flugzeugmuttereschiff.

König Alexander geht nach Agram

M. Belgrad, 6. Febr. (Tel.) Der Agramer Bürgermeister Dr. Stulj wurde gestern vom König in Audienz empfangen, nach der er erklärte, der König habe ihm in Aussicht gestellt, daß er in absehbarer Zeit zu einem längeren Aufenthalt nach Agram kommen werde.

Nach dem spanischen Putschversuch

M. Paris, 6. Febr. (Tel.) Wie Gavais aus Ciudad Real meldet, haben die dortigen Zeitungen eine Eingabe des Bischofs und Eingaben verschiedener Vereinigungen an die Militärbehörden des Inhalts veröffentlicht, die Regierung möge ein anderes Regiment nach Ciudad Real in Garnison legen. Auch der Stadtrat habe einen entsprechenden Antrag angenommen.
General Gil-Yuste ist zum Befehlshaber der Garnison Valencia ernannt worden.

Der Sohn des Reichspräsidenten, Major von Hindenburg, ist zum Oberstleutnant befördert worden.

* Koalitionskrisis

Die Verhandlungen zwecks Herbeiführung der Großen Koalition im Reich und in Preußen erfuhren gestern eine krisenhafte Zuspitzung. Prinzipiell sind ja bekanntlich alle für diese Koalitionen in Betracht kommenden Parteien zur Eingehung des Bündnisses bereit. Und auch über sachliche Fragen stritt man sich in den letzten Tagen nicht mehr, obwohl die Meinungsverschiedenheiten bezüglich wichtiger Punkte der inneren Politik durchaus nicht geringer geworden sind. Man wollte offenbar nun endlich einmal zum Ziele kommen und packte deshalb den Stier bei den Hörnern an: das heißt, man berief die Vertreter der interessierten Parteien zusammen und eröffnete sogleich die Debatte über die Verteilung der Ministerposten.

Aber auch darüber kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Das Zentrum stimmte im Verlauf der Verhandlungen schließlich einem Vorschlag des Reichskanzlers zu, nach welchem die Zentrumsfraktion sofort im Reichskabinett drei Ministerposten erhält, nämlich das Verkehrsministerium, welches sie schon jetzt inne hat, das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete; die Deutsche Volkspartei sollte sich nach diesem Vorschlag dem so erweiterten Reichskabinett gegenüber erst dann als gebunden erachten, wenn die Koalition in Preußen vollzogen ist, und das Zentrum wollte sich mit allen Kräften um eine beschleunigte Erledigung der Koalitionsfragen in Preußen bemühen.

Die Deutsche Volkspartei lehnte diesen Vorschlag ab, da er ihr ihrer Ansicht nach nichts Festes darbot. Inzwischen hatte die Partei den Anspruch auf zwei Ministerposten im preussischen Kabinett angemeldet. Die zur Zeit regierenden Parteien in Preußen wollten ihr aber nur einen Ministerposten zugestehen. Deshalb verlangte die Deutsche Volkspartei, daß die beiden Koalitionskabinette im Reich und in Preußen gleichzeitig gebildet werden sollten, natürlich unter Berücksichtigung der eben erwähnten Wünsche für Preußen.

Die Situation hatte sich also noch mehr verwirrt. Die Folge war die, daß sich nunmehr Herr von Guérard zum Reichskanzler begab und ihm mitteilte, er werde seine Fraktion bitten, ihm den Austritt aus der Regierung zu gestatten. Reichskanzler Müller ersuchte Herrn von Guérard noch zuzuwarten, da er am Mittwoch (also heute) vormittag noch einen letzten Versuch zur Lösung der Krisis machen wolle. Die Zentrumsfraktion erklärte sich darauf bereit, bis heute mittag zu warten.

Das Reichskabinett ist dementsprechend heute vormittag zusammengesunken, um über den neuen Vorschlag des Reichskanzlers zu beraten. Nach der Ansicht Hermann Müllers könnte dieser Vorschlag sehr wohl die Brücke bilden, auf welcher sich das Zentrum wieder in die Regierung zurückfindet. Doch sollte erst das Kabinett ihn gutheißen, bevor er an das Zentrum weitergegeben wird.

Das Ausscheiden der Zentrumsfraktion aus der Koalition im Reich wäre natürlich ein sehr unerwünschter Vorgang. Statt daß die Regierungsbasis im Reich verstärkt und verbreitert würde, würde sie nur noch schmaler werden. Im Hinblick auf die preussischen Regierungsverhältnisse könnte das Ausscheiden des Zentrums aus dem Reichskabinett ebenfalls nur bedauert werden. Denn selbstverständlich würden die Versuche zur Bildung der Großen Koalition in Preußen dann noch viel aussichtsloser sein, als sie es jetzt schon sind. Es müßte denn gerade sein, daß sich die Deutsche Volkspartei plötzlich mit einem Ministerposten im preussischen Kabinett begnügt.

Die soeben eingetroffenen letzten Meldungen aus Berlin besagen, daß infolge Verzögerung der heutigen Verhandlungen bis Mittags noch keine Entscheidung gefallen ist.

Fortdauer der Unruhen in Bombay

M. Bombay, 6. Febr. (Tel.) Den letzten Meldungen aus den Unruhegebieten zufolge sind die Kämpfe zwischen der Sekte der Pathans, die man beschuldigt, Mordanschläge an Kindern begangen zu haben, und Hindu-Spinnerarbeitern, die gestern abend 10 Uhr begonnen hatten, noch immer im Gange. Bisher sind 19 Tote und 104 Verwundete gemeldet. Nach weiteren Meldungen haben sich die Unruhen heute früh fortgesetzt, besonders im Stadtbezirk Parel. Truppen bewachen dort die Straßen. Mehrere Personen wurden angegriffen, Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen.

Mit der Beilage: 9. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Aus dem Reichstag

Aussprache über die Arbeitslosigkeit

Die Not der Erwerbslosen bildete den Gegenstand der Debatte in der Reichstags-Sitzung am Dienstag.

Von den verschiedensten Parteien lagen Anträge zu diesem Thema vor, dazu eine kommunistische Interpellation, die dem Reichsarbeitsminister Bissell Gelegenheit gab, in einer Antwortrede den Standpunkt der Regierung darzulegen. Der Minister ging zunächst auf die gegenwärtig so außerordentlich gesteigerte Arbeitslosigkeit ein, die er in der Hauptsache darauf zurückführte, daß durch den starken Frost die Bau- und Außenberufe stillgelegt seien. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung habe in ihren Berichten die Aussichten etwas zu pessimistisch geschildert, von einem drohenden Zusammenbruch der Arbeitslosenversicherung könne keine Rede sein. Wenn freilich der starke Frost noch lange anhalte, werde man vielleicht die finanzielle Grundlage der Versicherung ändern müssen. Jetzt sei zu einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Zeit noch nicht gekommen. Dagegen könne durch weiteren Ausbau der Krisenfürsorge die Not der ausgesetzten Erwerbslosen gelindert werden. Die Bezugdauer der Krisenfürsorge könnte vielleicht bis zum Mai ausgedehnt werden.

In der Aussprache beklagten die Redner der bürgerlichen Parteien besonders die Notlage der älteren Angestellten, bei denen die Erwerbslosigkeit eine so lange Dauer habe, daß für diese Gruppe die Bezugdauer der Unterstützung verlängert werden müßte. Die Andeutung des Ministers von einer eventuellen Änderung der finanziellen Grundlage gab den Rednern Veranlassung, die Idee einer Beitragserhöhung energisch zurückzuweisen. Sämtliche Anträge wurden schließlich dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der deutsch-nationale Abgeordnete Graf Westarp eine Interpellation seiner Freunde überreicht und dazu erklärt, die Regierung müsse sich äußern zu einer von der Sozialdemokratie herausgegebenen Broschüre über das Wehrproblem, in der Propaganda für Soch- und Landesverrat gemacht werde. Die Interpellation wird vom Präsidenten der Regierung übermittleit werden.

Am heutigen Mittwoch stehen auf der Tagesordnung der Neologpakt, das Gesetz über die Entlastung des Reichsgerichts und das Arbeiterschutzgesetz.

Bayern und Preußen

Der „Amtl. Preussische Pressedienst“ hatte gemeldet, daß der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. v. Preger, dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun das Bedauern der bayerischen Regierung über den bekannten Münchener Vorfall und über die für die Kritik gewählte Form ausgesprochen habe. Deshalb werde sich nur der preussische Gesandte in München, Dr. Deub, wieder auf seinen Münchener Posten begeben.

Dazu schreibt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“: „In dieser Form wird die Nachricht des Amtlichen Preussischen Pressedienstes bei dem größten Teil der bayerischen Öffentlichkeit Erstaunen und Verwunderung auslösen und nicht verstanden werden. Wird dadurch doch der Eindruck erweckt, als ob die bayerische Staatsregierung in aller Form wegen ihres Verhaltens auf Grund der letzten Berliner Besprechung sich entschuldigt habe, als ob Bayern vor der preussischen Auffassung in dem ganzen Streitfall zurückgewichen sei. Wir halten es für gänzlich ausgeschlossen, daß der Schritt des Herrn von Preger beim preussischen Ministerpräsidenten einen anderen Zweck und Sinn haben konnte als die offizielle Übermittlung der Antwort der bayerischen Staatsregierung auf die Erklärung, die Herr Braun am vergangenen Samstagnachmittag abgegeben hatte. Ein Hindusgehen über diese Erklärung war nach der ganzen Sachlage keineswegs geboten. Kein Mensch in Bayern hat ein Interesse daran, daß zwischen der bayerischen und der preussischen Regierung ein die sachlichen Auseinandersetzungen erschwerender Zustand eintrete.“

Die Berufswahl des Abiturienten. In den nächsten Wochen werden ungefähr 25 000 deutsche Abiturienten und Abiturientinnen die höheren Schulen verlassen. Zu der Berufswahl wird von studentischer Seite geschrieben, daß der Weg zur Universität oder Hochschule nur von denen beschritten werden dürfe, die für wissenschaftliche Arbeit in ganz besonderem Maße befähigt seien, da gerade heute die meisten akademischen Berufe durch Überfüllung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Die Hoffnung auf Stipendien und andere Studienbeihilfen sollten nicht allzu vielen vorstrecken, denn nur wenige, die hervorragende Befähigung aufweisen, seien dafür ausserlesen.

Freiherr von Hünesfeld 4. Freiherr von Hünesfeld ist Dienstagabend 10 Uhr an den Folgen einer Magen- und Darmoperation im Berliner Westklinikum gestorben. Der Reichspräsident hat an die Mutter von Hünesfelds ein Beileidtelegramm gesandt. Er werde dem Verstorbenen, dessen Name in der Geschichte der deutschen Luftfahrt weiterleben werde, ein ehrendes Gedenken bewahren.

Siegfried Dohs 4. In Berlin ist der Direktor des Philharmonischen Chors, Prof. Siegfried Dohs, im Alter von 71 Jahren gestorben.

Der Umgemeindungsentwurf für Westdeutschland. Das preussische Staatsministerium hat den Entwurf des preussischen Innenministers über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes angenommen.

In dem Lohnstreit in der rheinischen Textilindustrie ist eine Verschärfung eingetreten, da die Arbeitgeber sämtliche Arbeitsverträge gekündigt und vorgeschlagen haben, neue Verträge unter Kürzung der Löhne um circa 8 1/2 Prozent abzuschließen.

Diplomatische Vertretung Südamerikas in Berlin? Neuer meldet aus Johannesburg, daß die Regierung die baldige Ernennung südamerikanischer Vertreter in Berlin, Paris und Buenos Aires vorsehe. „Morning Post“ zufolge dürfte der gegenwärtige Administrator von Südwestafrika, A. J. Worth, den Berliner Posten übernehmen.

Die Königinmutter von Spanien 4. Die Königinmutter Maria Christina ist in Madrid im Alter von 70 Jahren gestorben. Maria Christina, eine Tochter des Erzherzogs Karl Ferdinand von Österreich, also eine Sabsburgerin, vermählte sich 1879 mit König Alfons XII. und führte nach dessen Tode von 1885 bis 1902 die Regentschaft, zunächst für den damals noch ungeborenen jetzigen König Alfons.

Verhaftung De Valera. Der Führer der irischen Republikaner, De Valera, ist — wie aus Belfast gemeldet wird — in der Nähe der Hafenstadt Newry verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines schon seit langer Zeit bestehenden Dekretes, das ihm das Betreten des Gebietes von Ulster untersagte. De Valera, der bei Überschreitung der Grenze im Eisenbahnzuge verhaftet wurde, befindet sich in Belfast in Haft.

Die Sozialversicherung eine Lebensnotwendigkeit der deutschen Arbeitnehmer und der Wirtschaft

R.A. Von einer Gruppe Interessenten ist während der letzten Wochen ein planmäßiger Zeitungskrieg gegen die deutsche Sozialversicherung geführt worden. Mit den verschiedensten Aufschriften wie: „Die Sozialversicherung — der Feind der Angestellten“, „5 Milliarden Soziallasten“, „Stränge der Sozialpolitik“ usw. wurden auch in vielen bairischen Zeitungen insalltäglich gleichlautende Artikel veröffentlicht, welche versuchen, die deutsche Sozialversicherung nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern namentlich auch bei den Versicherten selbst in Mißkredit zu bringen. Als Quelle für die völlig unberechtigten Angriffe auf die deutsche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung dient ein Buch des langjährigen Vorstehenden des Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverbands, Gustav Harz: „Stränge der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“, welches im Verlag von August Scherl, G. m. b. H. in Berlin erschienen ist.

In berechtigter Abwehr erscheint es geboten, sich im Folgenden mit den Ausführungen dieses Herrn etwas näher zu befassen und damit gleichzeitig die in dem Artikel gegen die Sozialversicherung erhobenen Vorwürfe zu widerlegen. Der Schriftsteller Harz stellt die Forderung auf, daß nicht Verzögerung, sondern Ansammlung von Eigenkapital das Ziel der Sozialpolitik sein müsse. Von diesem Standpunkt aus läßt er Kritik an der Gesetzgebung und den Einrichtungen der Sozialversicherung. Dabei lehrt die völlig unrichtige Behauptung wieder, daß in der Sozialversicherung die eingezahlten Beiträge nur in geringem Umfang den Versicherten zugute kämen und im übrigen für Verwaltungsstellen und andere Dinge draufgingen. Nach seinen Berechnungen würde ein Arbeiter, der vom 20. bis zum 60. Lebensjahre ganz regelmäßig in Höhe der Beiträge spart, mit Zinseszins ein Vermögen von 33 230 Reichsmark aufbauen.

Seine positiven Vorschläge gehen demgemäß dahin, an Stells der Sozialversicherung ein System sozialer Zwangsparaffassen zu schaffen, in die jeder Deutsche, ohne Unterschied des Standes, Berufs oder Einkommens, den Betrag, der heute als Beitrag für die Sozialversicherung gezahlt werden muß, einzuzahlen und die Einzahlung nachzuweisen hat. Der Reformator Harz hat es aber wohlweislich unterlassen, die Durchführung seines Gedankens an der Hand der in Deutschland bestehenden Möglichkeiten nachzuprüfen, was nunmehr hier nachgeholt werden soll.

Der Mann, der 40 Jahre lang, jahraus, jahrein, ohne eine Woche von seiner Arbeitsstätte wegzubleiben, ohne je einen Unfall zu erleiden oder jemals krank zu sein, ohne jemals arbeitslos zu sein, gearbeitet hat, und der trotz seiner erfreulichen Gesundheit weder beim Meere gedient noch im Kriege gewesen ist — somit wäre ja seine Beitragsleistung, also auch seine Sparmöglichkeit einmal unterbrochen worden — gehört zu dem alten Mittelweg im Kampfe gegen die Sozialversicherung. Dem Beispiel über die Kapitalansammlung sei nur ein Gegenbeispiel gegenübergestellt: Ein Arbeiter tritt im 14. Lebensjahre in die Invalidenversicherung ein, steuert in der ersten Lohnklasse und erfüllt gerade die Wartezeit, zahlt also 60 RM an Beiträgen, wird invalide und bezieht die Invalidenrente bis zum 78. Lebensjahre. In diesem Falle steht der nach 60 Jahren aufgezinsten Einzahlung in Höhe von 680 RM eine Rente in Höhe von 43 700 RM entgegen. Der Versicherte hat also nicht nur kein Kapital angesammelt, sondern er hat ein hohes Kapital verbraucht. Solche Beispiele lassen sich noch mehr anführen.

Was soll aber aus all dem werden, die ohne Ansammlung erheblichen Kapitals krank und invalide werden? Die Einzahlungen der „guten Misset“ können zur Versorgung nicht verwendet werden, weil sie ja zur Ansammlung von Sparkapital dienen. Diese „schlechten Misset“, die ebenso zahlreich sind, fallen daher der Fürsorge der Armenbehörden oder der Fürsorgeverbände zur Last. Das Ergebnis des Harz'schen Systems ist also, einmal die jetzigen Beiträge zur Sozialversicherung, zur Kapitalansammlung verwandt werden müssen, darüber hinaus aber ein großer Teil der jetzigen Rentenlast auf die Fürsorgeverbände als Fürsorgeaufschlag übergeht und diese Fürsorgeaufschlag als Steuerersatz aufzubringen ist. Es würde also eine erhebliche Verschiebung der Lasten zu Ungunsten der Steuerzahler eintreten. Bei der wirtschaftlichen Lage des deutschen Volks ist daran nicht zu denken. Eine solche Erhöhung der Steuern kann das deutsche Volk zur Zeit nicht tragen. Eine Sozialversicherung mit dem Ziel der Auffammlung von Sparkapital ist unter allen Umständen teurer als eine Sozialversicherung, die nur die Versorgungslast trägt. Sie würde nach dem Gesagten überdies die Versicherten wieder in den unwürdigen und unglücklichen Zustand zurückzuführen, aus dem sie zu befreien Zweck und Ziel der Schaffung der deutschen Sozialversicherung war. Schon die kaiserliche Volksschaft vom Jahre 1891, mit welcher die deutsche Arbeiterversicherung angekündigt wurde, enthält diesen grundlegenden Satz einer wahren Sozialversicherung, indem sie ausführt: „Hiernach sollte den Arbeitern in den durch Krankheit, Unfall, Invalidität und Altersschwäche herbeigeführten Notlagen ein Anrecht auf eine standesgemäße, vor der Armenpflege bewahrende Fürsorge gesetzlich sichergestellt werden.“

Der hohe ethische und moralische Wert der deutschen Sozialversicherung findet seinen vollkommensten Ausdruck gerade in dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe und in der Bereitwilligkeit der gesunden und leistungsfähigen Volksgenossen, den kranken und in Not sich befindenden Kameraden helfend beizustehen. Die Behauptungen von Harz über die Höhe der Verwaltungsstellen der Sozialversicherungsträger sind weit übertrieben. Dieselben betragen z. B. bei der Landesversicherungsanstalt Baden nur etwa 4 Proz. der Einnahmen, und es müßte Harz erst noch den Beweis erbringen, daß die Verwaltungsstellen bei seinem System geringer sein werden, welcher ihm kaum gelingen dürfte. Denn ein Vergleich mit den Verwaltungsstellen der schon bestehenden Sparassen und der Privatversicherungen fällt durchweg zugunsten der Landesversicherungsanstalt Baden aus, wie aus den Geschäftsberichten dieser Organisationen jederzeit nachgesehen werden kann.

Wenn Harz schreibt, daß die von der Sozialversicherung aufgesammelten Kapitalien nicht den Versicherten zugute kommen, so ist auch dies nicht richtig. Ein Blick in den Voranschlag der Landesversicherungsanstalt Baden für 1929 beweist, daß deren gesamtes Vermögen ausschließlich den Zwecken der Versicherten und der Wirtschaft dient. Seit dem Jahre 1924 sind von der Landesversicherungsanstalt allein 6 Millionen Reichsmark zu dem niederen Zinssfuß von 5 Proz. als Darlehen für den Bau von Arbeiterwohnhäusern hingegeben worden. Weiter hat die Anstalt Millionen verausgabt, um für die kranken Versicherten Heilstätten mit den neuesten medizinischen und hygienischen Einrichtungen zu schaffen, und hat dadurch gleichzeitig vielen Hunderten von Arbeitern Verdienst verschafft und sie vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Von den Beitragsleistungen fließen über 80 Proz. in Gestalt von Renten und etwa 10 Proz.

in Form von Heilverfahren den Versicherten wieder zu. Auch an den restlichen 10 Proz. hat er in erheblichem Umfang Anteil, indem aus diesen sowie aus den Zinsrücklagen die schon erwähnten langfristigen Darlehen, die ausschließlich der Arbeiterschaft zugute kommen, bestritten werden.

Wenn der Schriftsteller Harz schließlich von luxuriösen Verwaltungsgebäuden der Versicherungsträger spricht, so möchten wir ihm raten, das sich in den einfachsten Formen haltende Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Baden zu besichtigen und zu vergleichen mit dem in nächster Nähe stehenden Prachtbau der Karlsruher Lebensversicherungsgesellschaft, er müßte dann sicherlich zugeben, daß die von ihm auch in dieser Beziehung geübte Kritik — wenigstens soweit Baden in Frage kommt — jeder Berechtigung entbehrt. Anders kann die Verwendung der Kapitalien und Beitrags-einnahmen auch nicht sein, wenn sie statt von den Sozialversicherungsträgern von sogenannten sozialen Sparassen aufgesammelt werden. Dazu kommt, daß für ein Land in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eine derartige Kapitalansammlung, wie es Harz wünscht, einfach undurchführbar wäre, und es sind gerade die Vertreter der deutschen Wirtschaft, welche gegen diese Kapitalansammlung in der öffentlichen Hand und damit auch in derjenigen der Versicherungsträger Sturm laufen. Also unbegreiflicher ist es, daß viele dieser Unternehmer mit den Gedankengängen des Verfassers Harz liebäugeln.

Es dürfte damit der Nachweis erbracht sein, daß für deutsche Verhältnisse im Interesse aller Beteiligten es bei der Rentenversicherung sein Bewenden behalten muß und die Einrichtung von Zwangsparaffassen undurchführbar ist.

Ein neues Giftgas in Amerika

Dr. Hilton Gra Jones, ein Forscher auf dem Gebiete der Chemie, berichtete kürzlich in Chicago über ein neues Giftgas, genannt „Cacodyl Phosphid“. Ein einziger Atemzug genüge, um eine Mann zu töten. Eine größere Menge davon würde „ganze Armeen mit der Schnelligkeit vernichten, mit der man ein Licht ausbläst“. Der Vortragende meinte, daß die Völker der Erde keineswegs begierig sein werden, dieses Giftgas in „dem nächsten Kriege zur endgültigen Beseitigung des Krieges“ anzuwenden, da die Giftigkeit des Gases zu furchtbar und dauernd sei. Er glaube vielmehr, daß die Völker nach einem Gase suchen, das die Feinde kampfunfähig mache, ohne sie zu töten. Dieses, erklärte der Redner, sei auch kürzlich vom Chef des chemischen Kriegsdienstes der Vereinigten Staaten, dem Generalmajor A. A. Fries, bestätigt worden.

Tatsächlich wurde jede Nation Europas, ebenso wie die der Vereinigten Staaten, im geheimen ein Gas zu entwickeln, das den größtmöglichen Schaden anzurichten imstande sei. Kürzlich habe man gelesen, daß 45 Tonnen eines bestimmten Gases alles Leben in London vernichten könnten. Sir James Ermine von der St. Andrews-Universität in Schottland habe im letzten Sommer seine Zuhörer in der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft im Hinblick darauf gewarnt, daß die chemische Industrie viel verderblichere Stoffe fabriziere, als sie der letzte Krieg verlangt habe. Keine Kontrolle über irgendein Land könne dessen Chemiker verhindern, einen Gaskrieg vorzubereiten. Wer den nächsten Krieg vorbereite, richte sich im wahren Sinn des Wortes gegen die Existenz der Zivilisation, und wer für die Abrüstung und den ständigen Frieden kämpfe, suche die Menschheit vor der Vernichtung zu schützen.

Troski noch immer in der Sowjetunion. An zuständiger russischer Stelle wird erklärt, Troski befinde sich noch immer in der Sowjetunion.

Kleine Chronik

Die Zahl der Grippeerkrankungen hat in Frankfurt a. M. seit Montag wieder zugenommen. Auch die Sterblichkeit hat zugenommen.

Auf dem Rhein bei Duisburg gerieten zwei Oberrealschüler aus Rheinhausen, die auf dem Eise spielten, auf eine Eis-scholle und wurden abgetrieben. Sie konnten sich selbst nach einhändigem Treiben auf dem Rhein retten, indem sie sich an einem Ankerseil ans Land zogen.

Ein falscher Rabbiner wurde in Breslau festgenommen, als er zahlreiche Werte der Staatsbibliothek, aus denen er die Eigentumsmerkmale entfernt hatte, verlaufen wollte. Es handelt sich um einen stofflos gerichteten Verbrecher namens Friedrich Notelen, geboren 1900 in Nikolburg (Tschechoslowakei). Notelen hatte zuletzt als Prediger der jüdischen Gemeinde in Rosenburg (Oberschlesien) „amtiert“.

In Mülhausen (Elsas) wurde eine Koporaltschaft der Gar-nison durch ausströmende Gase eines Ofens vergiftet. Ein Soldat war am Morgen bereits tot, zwei schweben in Lebens-gefahr.

In Catania auf Sizilien explodierte bei einer großen Pro-gression während eines Völlersichens eine Mine mit Munition. Es entstand ein großer Haufen eine entsetzliche Ranz, wobei 25 Personen verletzt wurden.

In Konstantinopel und Umgebung herrschen Schneestürme. Die Reisenden eines der auf der Tjatalbahnhafrede eingeschneit-nen Züge wurden von den Einwohnern eines Dorfes gerettet.

Zeitschriftenschau

„Die Kunst“, Monatshefte für zeitgenössische Kunst (Male-ri, Plastik, Wohnungskunst, Dekoration, Kunstgewerbe, Archi-tekturen usw.), Januar-Februar. Verlag J. B. Neumann, N.-G., München. — Es ist immer eine Freude, sich in die Beste der Monatshefte zu vertiefen. Mit dem Januar- und Fe-bruarheft gibt der Verlag wiederum eine Darbietung von aus-gezeichnetester Qualität, gleich imponierend und erfreuend durch die Fülle und den reichen Wechsel, wie durch die mit Ge-schmack getroffene Auswahl und die Schönheit jeder einzelnen Abbildung. Aus dem Inhalt nennen wir: Aus dem Gebiet der Malerei die Aufsätze über „Moderne Frauenbildnisse“ (anlässlich des Wettbewerbes des Reichsverbandes der bildenden Kunst), über die Maler Otto Mülller, Robert Sterl, Max Beckmann und, aus etwas älterer Zeit, Franz Buchner und Bühl; dazu ein höchst reizvoll illustrierter Aufsatz über alte Almanache und Taschenbücher. Ganz ausgezeichnet ist die Plastik mit einem prachtvollen Aufsatz über den großen französischen Plastiker Bourdelle vertreten. Aus dem Gebiet der Wohnungskunst und der dekorativen Kunst sind hervorzuheben die illustrierten Aufsätze über den Kölner Archi-tekten Büttgen, über den Ausbau der Wöhrerstraße in Bremen durch Runge & Gotland, über einen Wohnklub in Zürich von Architekt Gaeleli, über Innenräume der Architekten Schäfer und Bräuning, ferner über die Werkstätten Theophil Müller in Dresden, schließlich sehr schöne Gläser aus der Ber-liner Glasanstalt, Silberarbeiten des dänischen Silber- schmiedes Jensen, Porzellan der Manufaktur in Kopenhagen, Textilarbeiten der Schule Reimann in Berlin.

WINSCHERMANN G. m. b. H. Kohlengroßhandlung Stephaniensstr. 94
Tel. 815, 816, 817